



Die Stadtverordnetenversammlung
- Haupt- und Finanzausschuss -

Tagesordnung II Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 13. Dezember 2017

Vorlagen-Nr. 17-V-01-4016

Stadtvertrag / Zuschussvertrag zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden und der Jüdischen Gemeinde Wiesbaden - Zusammenfassung der Zuschüsse

Beschluss Nr. 0369

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden die religiösen und kulturellen Bedürfnisse sowie die Verwaltung und den Bereich Sicherheit der Jüdischen Gemeinde Wiesbaden mit derzeit 242.000 Euro jährlich aus dem Budget des Dezernats I und 65.280 Euro aus dem Budget des Dezernats VI / Kulturamt unterstützt.
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Voraussetzungen für die Gewährung der städtischen Zuschüsse weiterhin bestehen.
3. Der Magistrat (Dezernat I) wird beauftragt, mit der Jüdischen Gemeinde Wiesbaden einen neuen Stadtvertrag (Anlage 1 zur Sitzungsvorlage) mit Wirkung vom 01. Januar 2018 abzuschließen.
4. Der Magistrat (Dezernat I) wird beauftragt, mit der Jüdischen Gemeinde einen Zuschussvertrag (Anlage 2 zur Sitzungsvorlage) mit einer Laufzeit vom 01. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2022 abzuschließen.
5. Die Zuschüsse werden zukünftig zentral bei Dezernat I / Büro des Magistrats verwaltet. Der bisher von Dezernat VI / Kulturamt ausgezahlte Zuschuss in Höhe von 65.280 Euro wird dem Budget des Dezernats I zur Verfügung gestellt.
6. Dezernat VI / Kämmerei wird mit der haushaltstechnischen Umsetzung beauftragt.

(antragsgemäß Magistrat 28.11.2017 BP 0813)

Tagesordnung III

Wiesbaden, .12.2017

Belz
Vorsitzender